

Ian Kershaw, einer der bedeutendsten NS-Forscher unserer Zeit, bezieht Stellung. Er äußert sich zur Debatte über das Konzept „Volksgemeinschaft“, das seit längerem die Gemüter bewegt. Kershaw verkennt nicht, dass sich hier neue Chancen eröffnen, die Dynamik und das verbrecherische Potenzial des Dritten Reiches zu erfassen. Zugleich warnt er aber auch davor, die Reichweite des Konzepts zu überschätzen; es sei nicht präzise genug und verleite dazu, die Vielfalt des NS-Staates zu verfehlen.

Ian Kershaw

## „Volksgemeinschaft“

Potenzial und Grenzen eines neuen Forschungskonzepts

Vor fünfunddreißig Jahren etwa, als die Sozialgeschichte des Dritten Reiches noch in den Kinderschuhen steckte, musste man David Schoenbaums Buch „Die braune Revolution“ gelesen haben, die einzige seriöse Untersuchung der deutschen Gesellschaft im NS-Regime, die es damals gab. Diejenigen von uns, die zu dieser Zeit in England das Feld beackerten, waren kritisch gegenüber seiner These, dass in Deutschland zwischen 1933 und 1939 ein Wandel in der Gesellschaft stattgefunden habe, der auf einen „Triumph des Egalitarismus“ hinausgelaufen sei, und dass sich diese Gesellschaft „dem, der ihre wirkliche Sozialstruktur zu deuten unternahm, so einheitlich wie keine andere in der neueren deutschen Geschichte“ darbot<sup>1</sup>. Was uns seinerzeit, allgemein gesprochen, interessierte, war die Kluft zwischen der nationalsozialistischen Verheißung einer gesellschaftlichen Utopie, zusammengefasst in der Propagandaparole von der „Volksgemeinschaft“, und der realen Klassenstruktur. Tim Mason, an vorderster Front bei der Analyse der gesellschaftlichen Struktur des Dritten Reiches, fing in seiner monumentalen Studie „Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft“ ein, was viele von uns dachten, nämlich dass der Versuch des NS-Regimes, die Arbeiterschaft zu gewinnen, gescheitert sei<sup>2</sup>. Unsere Aufmerksamkeit galt also im Grunde der Klassengesellschaft und der Frage, ob es den Nationalsozialisten, was immer sie versprochen hatten, gelungen war, sie zu überwinden. Die Antwort schien klar zu sein.

Bei diesen Forschungen spielte die Wirkung der nationalsozialistischen Rassenpolitik auf die Gesellschaft nur eine geringe Rolle. Das hat sich erst seit den achtziger Jahren geändert. Mittlerweile haben die alten Debatten über Klasse und Klassen schon so etwas wie einen fernen Klang. In Zusammenhang mit dem Dritten Reich ist nur noch wenig davon die Rede. Vielmehr beherrscht der Holocaust jede Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus, und zwar so sehr, dass alle As-

<sup>1</sup> David Schoenbaum, Die braune Revolution. Eine Sozialgeschichte des Dritten Reichs, Köln/Berlin 1968, S. 334 u. S. 348.

<sup>2</sup> Vgl. Timothy W. Mason, Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft. Dokumente und Materialien zur deutschen Arbeiterpolitik 1936–1939, Opladen 1975.

pekte der Aktivität des Regimes und deren Effekt auf die deutschen Bürger durch dieses Prisma gesehen werden. Dieser drastische Wechsel der Perspektive hat entscheidenden Einfluss darauf, wie wir nun die deutsche Gesellschaft sehen und wie nun das Konzept der „Volksgemeinschaft“ behandelt wird.

### Wege der NS-Forschung

Mitte der siebziger Jahre kam es zu einem breiten Durchbruch bei der empirischen Beschäftigung mit der deutschen Gesellschaft im Dritten Reich, und zwar mit dem außerordentlich innovativen Projekt des Instituts für Zeitgeschichte in München „Bayern in der NS-Zeit“. Der Auftrag, dem „Widerstand“ in Bayern nachzuspüren, wurde als Vehikel genutzt, die vielfältigen Formen des alltäglichen Konflikts zwischen Gesellschaft und Regime zu erforschen. Aber je mehr Nonkonformität entdeckt wurde, als desto größer erwiesen sich auch die Akzeptanz, Billigung und begeisterte Aufnahme vieler Züge und Ziele des Regimes. Aufgabe des Projekts sollte die Untersuchung der Gegensätze zwischen Gesellschaft und Regierung sein. Doch als sich die Arbeit in zahlreiche Studien einer modischen „Alltagsgeschichte“ ausfächerte, verschob sich die Perspektive unumkehrbar weg von Opposition und Dissens hin zu Konformität und Konsens. Regime und Gesellschaft schienen weniger im Konflikt und eher in Übereinstimmung miteinander existiert zu haben, wie sich anhand von Myriaden regimeloyalere Handlungen und Initiativen von unten belegen ließ, die den Weg für die Politik des Regimes ebneten oder sie sogar förderten und ihre Durchführung ermöglichten. Standen zuvor der Unterdrückungsapparat des NS-Regimes und die Gefahren des Widerstands in einem Polizeistaat im Vordergrund, so ging es jetzt in zunehmendem Maße um bereitwillige gesellschaftliche Zustimmung und aktive Komplizenschaft. Nachdem Antisemitismus und Holocaust als Basis und Wesenskern – und nicht als fataler Schlusspunkt – der nationalsozialistischen Gesellschaft in den Blick gekommen waren, schien es, als sei fast jeder Aspekt des Alltagslebens in die Kriminalität des Regimes verwoben gewesen. Auch hier hatte also ein bedeutender Interpretationswandel stattgefunden. War einst, durch die Erweiterung des Widerstandsbegriffs, der Eindruck entstanden, irgendwie seien praktisch alle Deutschen gegen Hitler gewesen, so sah es nun so aus, als seien praktisch alle Deutschen seine Komplizen geworden. „Volksgemeinschaft“ wurde so – als alle Deutschen ins Regime integrierend und diejenigen ausschließend, die nicht dazu gehörten und nicht dazu gehören konnten – fast schon zum begrifflichen Synonym für Tätergesellschaft.

Diese Verschiebung hatte mit einem weiteren Wandel in der Geschichtswissenschaft zu tun, der keineswegs auf das Dritte Reich beschränkt blieb. Während man sich früher auf gesellschaftliche Strukturen konzentrierte, interessierte man sich nun im Zeichen der Kulturgeschichte für Affinitäten, Deutungen, Glaubenssysteme und psychologische Impulse, welche „Klasse“ oder objektive gesellschaftliche Positionen übergreifen – ein Trend, der von den Umwälzungen in Osteuropa und vom Zusammenbruch der Staatskommunismen noch verstärkt wurde. Parallel dazu kam es zu einer Renaissance der Rolle von Ideen, so dass in den

Forschungen zum Dritten Reich auch die NS-Ideologie ernster genommen wurde, während sie zuvor oft als wirrer Mischmasch aus halbgenauen Vorstellungen und Propagandaparolen betrachtet worden war. Strukturen, Prozesse und Funktionsweise der NS-Herrschaft verloren als Forschungsfelder viel Anziehungskraft; die Aufmerksamkeit galt mehr und mehr der ideologischen Motivation der Akteure oder „Täter“ des nationalsozialistischen Genozids, wobei wiederum die neu gefundene und unbestrittene Zentralität des Holocaust eine große Rolle bei der Ausrichtung der Forschungs-Agenda spielte. Willige Kooperation und unverblühte Komplizenschaft riefen förmlich nach einem Konzept, das erklären konnte, wie und warum es den Nationalsozialisten gelang, einen nicht geringen Teil der deutschen Gesellschaft für ihr Völkermord-Projekt zu gewinnen. Der Begriff „Volksgemeinschaft“, der zuvor lediglich als gescheitertes Propaganda-Konstrukt gegolten hatte, kam diesem Bedürfnis entgegen und avancierte zu einem privilegierten Deutungsangebot der nationalsozialistischen Erfolge<sup>3</sup>.

Diesen Hintergrund muss man kennen, wenn man die Allgegenwart des Konzepts „Volksgemeinschaft“ in der gegenwärtigen Diskussion über das Dritte Reich und seine Vorzüge und Grenzen zu verstehen sucht. Eine Schwierigkeit besteht dabei sicherlich darin, dass das Konzept nicht allzu konzis ist. In neueren Arbeiten über das Dritte Reich ist es sogar auf drei unterschiedliche – wenn auch miteinander verbundene und einander überlappende – Arten verwendet worden: Erstens zur Charakterisierung veränderter gesellschaftlicher und Machtverhältnisse; zweitens als Begriff für „affektive Integration“, wobei die mobilisierende Kraft der Vision einer besseren Gesellschaft betont wird; und drittens zur Beschreibung von Exklusion und Inklusion als prägende Merkmale der nationalsozialistischen Gesellschaft – mit offensichtlichen Implikationen für die Politik des Regimes bei der rassischen Diskriminierung, Verfolgung und Vernichtung.

### **Das Konzept in der Praxis – drei Anwendungsfälle**

Hat die frühere Forschung das Scheitern der Versuche betont, die Klassenunterschiede einzuebrennen und mehr Gleichheit zu schaffen, so heben neuere Studien hervor, dass sich in der hierarchischen Gesellschaft auch des Dritten Reiches selbst für jüngere Angehörige der Arbeiterklasse Chancen für soziale Mobilität und Statusverbesserung ergaben, zum Beispiel durch die rapide Expansion der Rüstungsindustrie oder durch die Schaffung neuer Ämter und Gliederungen der NSDAP. Andere Wege, auf denen die „Volksgemeinschaft“ „konkrete Gestalt“ gewann und integrative Wirkung entfaltete, seien die Freizeitorganisation „Kraft durch Freude“ gewesen, die „Demokratisierung“ des Konsums durch staatlich gelenkte Produktion und gestützte Preise, größere Mobilität für Frauen und sozialpolitische

<sup>3</sup> Eine kritische Bewertung des Konzepts, im Zusammenhang mit den wechselnden Strömungen in der Historiographie, ist zu finden bei Hans Mommsen, *Changing Historical Perspectives on the Nazi Dictatorship*, in: *European Review* 17 (2009), S. 73–80.

Maßnahmen wie Familienbeihilfen oder die Ausweitung der Sozialversicherung<sup>4</sup>. Bis zu welchem Grade Arbeiter durch organisierte Theaterbesuche oder Ausflüge aufs Land tatsächlich integriert wurden – das zu beurteilen ist freilich sehr viel schwieriger als die Propaganda und Organisation zu beschreiben, wohingegen der Aufstieg der Konsumgesellschaft in den dreißiger Jahren sehr leicht überschätzt werden kann. Die Grenzen dessen, was an sozialem Wandel real bewirkt wurde, und die Instrumentalisierung sozialer Fürsorge zur Vorbereitung des Krieges müssen also erkannt werden, und sie werden auch erkannt. Sozialpolitik war, so gesehen, bestenfalls ambivalent.

Solche Argumente gehören zu den seit langem geführten Debatten über die modernisierenden Effekte des Nationalsozialismus und über die Art und Weise, wie das Regime die tradierten Klassenstrukturen der deutschen Gesellschaft aufbrach – was dann der Bundesrepublik zugute kam. Jedoch ist es leichter zu behaupten als zu beweisen, dass es zwischen den Haltungen, die in der NS-Volksgemeinschaft lebendig gewesen sein sollen, und jenen, die nach 1945 das Produkt der kollektiven Anstrengung waren, Deutschland wieder auf die Füße zu stellen, und die schließlich das „Wirtschaftswunder“ der fünfziger Jahre bewirkten, Kontinuität gegeben habe.

In der zweiten Sicht dreht es sich eher um die „Verheißung“ als um die Realität sozialer und politischer Einheit und die Überwindung der Klassenschranken nach einer „nationalen Erhebung“. „Doch wäre es ein Mißverständnis“, so ist gesagt worden, „wollte man die Formel von der ‚Volksgemeinschaft‘ in dem Sinn als soziale Realität nehmen, als seien soziale Differenzen oder Eigentums- und Besitzverhältnisse im NS-Deutschland eingeebnet worden.“ Die „politische Kraft“ der „Volksgemeinschaft“ sei aus ihrer „Verheißung“ erwachsen, sie bestand in der „Mobilisierung, nicht in der Feststellung eines sozialen Ist-Zustandes“<sup>5</sup>. Vorrangig sei nicht Realität, sondern vorgestellte Realität gewesen. Die Menschen hätten geglaubt, es gehe aufwärts, die Zukunft sei rosig, harte Arbeit bringe Belohnung, und eine Gesellschaft, die auf Leistung statt auf ererbter Position beruhe, sei eine attraktive Sache. Ausgeschlossen blieben die Faulen und jene, die eine Bedrohung der Leistungsgesellschaft darzustellen schienen. Diese wurden als Geächtete angesehen, die kein Mitleid verdienten. „Soziale und politische Realitäten wurden zunehmend mehr im Rahmen von Gemeinschaft als im Rahmen von Klasse interpretiert“, wie ein Autor konstatiert<sup>6</sup>.

Solche Empfindungen, verbunden mit den Zukunftshoffnungen, die eine auf hohen Touren laufende Rüstungsindustrie und eine Nation mit wieder stolz erhobenem Haupt weckten, hätten die Menschen, einschließlich der Fabrikarbeiter, an das Regime gebunden und generell eine starke integrative Kraft entfaltet. „Un-

<sup>4</sup> Vgl. Frank Bajohr/Michael Wildt (Hrsg.), *Volksgemeinschaft. Neue Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus*, Frankfurt a.M. 2009, S. 18f.; Dietmar Süß/Winfried Süß, „Volksgemeinschaft“ und Vernichtungskrieg. Gesellschaft im nationalsozialistischen Deutschland, in: Dietmar Süß/Winfried Süß (Hrsg.), *Das „Dritte Reich“. Eine Einführung*, S. 84–86 u. S. 90f.

<sup>5</sup> Bajohr/Wildt (Hrsg.), *Volksgemeinschaft*, S. 8.

<sup>6</sup> Peter Fritzsche, *Life and Death in the Third Reich*, Cambridge MA./London 2008, S. 17.

ter dem Gesichtspunkt der Erfahrungsgeschichte“, so Norbert Frei, „durchlief das ‚Dritte Reich‘ seit Mitte der dreißiger Jahre eine Phase konsolidierter Herrschaft, in der sich die Ideologie der ‚Volksgemeinschaft‘ für weite Teile der Bevölkerung, auch der Arbeiterschaft, als tragfähig und sogar als attraktiv zu erweisen schien.“ Wie die Realität auch aussehen mochte, die Nationalsozialisten seien – hier ist ein Nachhall von Schoenbaum zu hören – erfolgreich „in der Verbreitung des *Gefühls* sozialer Gleichheit“ gewesen. Zentral war, laut Frei, „das veränderte Lebensgefühl: Die große Mehrheit der Deutschen glaubte inzwischen an nationalen ‚Wiederaufstieg‘ und individuelle Aufstiegschancen, an künftige Größe und an ein besseres Leben für sich selbst und die kommenden Generationen.“<sup>7</sup>

Diese Art der Betrachtung eröffnet nach meiner Meinung größere Forschungsperspektiven als die erste. Der Nationalsozialismus konnte bei seinem Aufstieg das tiefe Gefühl der sozialen, kulturellen und politischen Gespaltenheit, das in der Weimarer Republik herrschte, ausnützen und durch die Beschwörung der nationalen Einheit viele Anhänger gewinnen. Die Vorstellung von einer organischen „Gemeinschaft“, im Gegensatz zur „Gesellschaft“ – so die berühmte Unterscheidung, die von Ferdinand Tönnies in den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts getroffen worden ist –, hatte in den gebildeten Schichten Deutschlands starke Wurzeln. Für viele Angehörige des „Bildungsbürgertums“ war die Schaffung eines Gemeinschaftsgefühls in einem rassistisch definierten „Volk“ notwendig, um die Schaden stiftende Kluft zwischen Nationalismus und Sozialismus zu überwinden. Auch die bürgerliche Jugendbewegung impfte zahlreichen jungen Deutschen einen Idealismus ein, den eine Richtung die „organische, noch unpolitische Liebe zu Heimat und Volk“ nannte, welche man bewusst vom Patriotismus, Nationalismus und Imperialismus unterschied, wie sie Frankreich und England zugeschrieben wurden. „Wir bemühten uns“, so formulierte ein Autor 1953 etwas wolkig, „den Sinn der deutschen Wirklichkeit aus dem inneren Wesen des deutschen Volkes herauszufühlen.“<sup>8</sup>

Der Erste Weltkrieg gab diesem Gefühl der nationalen Solidarität und Einheit dauerhafte Geltung; Kaiser Wilhelm II. hat das in seiner Proklamation vom 1. August 1914 beschworen, als er sagte, von nun an kenne er keine Parteien mehr, nur noch Deutsche. Als sich die Nationalsozialisten allmählich eines bestimmten Bildes vom Kriege bemächtigten, konnten sie gleichzeitig für die Notwendigkeit eintreten, die Solidarität der „Schützengrabengemeinschaft“ wiederzubeleben – und hatten damit eine Formel von einigender Kraft<sup>9</sup>. Wie Tim Mason gesagt hat, lässt sich die Geschichte des Nationalsozialismus „zum Teil als Versuch verstehen,

<sup>7</sup> Norbert Frei, „Volksgemeinschaft“. Erfahrungsgeschichte und Lebenswirklichkeit der Hitlerzeit, in: Ders., 1945 und Wir. Das Dritte Reich im Bewußtsein der Deutschen, München 2005, S. 113f.; vgl. ders., *People's Community and War. Hitler's Popular Support*, in: Hans Mommsen (Hrsg.), *The Third Reich between Vision and Reality. New Perspectives on German History 1918–1945*, Oxford 2001, S. 64; ders., *Der Führerstaat. Nationalsozialistische Herrschaft 1933 bis 1945*, München 1987, S. 93–109.

<sup>8</sup> Karl Epting, *Generation der Mitte*, Bonn 1953, S. 141, Zitat S. 144.

<sup>9</sup> Siehe die Beiträge in: Gerd Krumeich (Hrsg.), *Nationalsozialismus und Erster Weltkrieg*, Essen 2010.

die Erfahrungen vom August 1914 als permanenten Zustand zu reproduzieren, der Utopie einer durch gesinnungsmäßige Bindungen zusammengehaltenen Gesellschaft nachzujagen“<sup>10</sup>. Als Peter Merkl die Motive der Mitglieder der frühen NSDAP analysierte, stellte er ähnliches fest: Die stärkste Triebkraft sei die Sehnsucht nach einer solidarischen „sozialen Volksgemeinschaft“ gewesen<sup>11</sup>.

Diese Feststellung kann natürlich nicht als repräsentativ gelten, sie ist aber ein interessanter Hinweis. Es wäre nützlich, sich systematisch mit der Frage zu beschäftigen, wie die NS-Propaganda vor 1933 das Bild von der „Volksgemeinschaft“ benutzte, um Anhänger zu gewinnen. Selbst wenn der Begriff nicht ausdrücklich verwendet wurde, war der Appell an ein Gefühl nationaler Einheit zur Überwindung der inneren Spaltung omnipräsent und sicherlich eine wirksame Waffe im Arsenal des Nationalsozialismus. Dass damit Intoleranz und Gewalt einherging, schreckte nicht ab. Hitler machte daraus sogar eine Tugend, als er im Sommer 1932 vor 40.000 Zuhörern ausrief: „[...] wir sind intolerant, ich habe mir ein Ziel gestellt, nämlich die 30 Parteien aus Deutschland hinauszufegen“<sup>12</sup>. Das Konzept der „Volksgemeinschaft“ als Propagandaparole bot also eine Basis, die nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten in viele Richtungen erweitert werden konnte und die Möglichkeit eröffnete, solche Emotionen mit einem monopolistischen Propaganda-Apparat auszunutzen. Wenn man sagen kann, dass sich die Nationalsozialisten einer „fortdauernden Popularität“ erfreuten, dann könnte das, wie Peter Fritzsche gemeint hat, tatsächlich weitgehend auf der „Idee der ‚Volksgemeinschaft‘ beruht“ haben<sup>13</sup>.

Die ältere Literatur, die sich vor allem mit Klassenstrukturen, begrenztem sozialen Wandel, der Opposition gegen das Regime und der politischen Funktionsweise der NS-Herrschaft beschäftigte, tat sich oft schwer damit, die Popularität des Regimes in den dreißiger Jahren zu akzeptieren und die Gründe dieser Popularität zu verstehen, die Begeisterungsbereitschaft, die Euphorie, das Gefühl des Aufbruchs, die Zukunftserwartung und das persönliche Engagement jener Millionen, denen die Jahre von 1933 bis 1939 als „gute Zeiten“ erschienen. Dabei ist wohl kaum zu bestreiten, dass die utopische Vision des Nationalsozialismus für die Popularität und den Erfolg des Regimes bis zur Mitte des Krieges ausschlaggebend war. Die Dynamik, die Vitalität und die enorme freigesetzte Energie in ihrer konstruktiven und gewalttätigen Dimension, wie sie die deutsche Gesellschaft in jenen Jahren erfüllte, dies alles kann nicht einfach oder hauptsächlich mit den negativen Parolen des Nationalsozialismus erklärt werden, mit den Attacken auf „Volksfeinde“ oder mit der Verdammung des Bolschewismus und der westlichen Plutokratie, so wichtig das für die Anziehungskraft der NS-Bewegung auch war. Fraglos war daneben eine attraktiv scheinende Vision einer „Volksgemeinschaft“

<sup>10</sup> Mason, Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft, S. 7.

<sup>11</sup> Vgl. Peter H. Merkl, *Political Violence under the Swastika*. 581 Early Nazis, Princeton 1975, S. 453.

<sup>12</sup> Hitler. *Reden, Schriften, Anordnungen*, Bd. V, Teil I, hrsg. und kommentiert von Klaus A. Lankheit, München u. a. 1996, S. 276.

<sup>13</sup> Fritzsche, *Life and Death*, S. 38.

am Werke, die stark, wohlhabend, dominant und geeint gegen innere wie äußere Feinde sein sollte. Dieses Bild von der „Volksgemeinschaft“ wurde nach der „Machtübernahme“ nicht nur von der Propaganda unermüdlich eingehämmert, vielmehr erhielt es reale Bedeutung durch Sammlungen für die Winterhilfe, durch „Eintopf-Sonntage“, an denen Arm und Reich das gleiche einfache Mahl zu sich nahmen, oder durch eine Organisation wie die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt.

Vieles blieb bloße Propaganda, hinter vielem war überdies rücksichtsloser Zwang zu spüren. Doch würde man zu weit gehen, wollte man behaupten, diese Vorstellung habe nicht subjektive Realität werden und zu einer positiven Wahrnehmung des NS-Staats führen können, überwältigend positiv sogar, wenn man ihn mit der gescheiterten Demokratie von Weimar verglich, und ständig verstärkt durch vielfältige Formen der Mobilisierung und durch Konsens und Einheit stiftende Symbole wie das „Heil Hitler“. Es war eine Vision, in der sämtliche Türen offenzustehen schienen, in der alles möglich war, in der es keine Grenzen gab. Das Projekt der „Volksgemeinschaft“ bot Aussichten zum Handeln, es eröffnete Möglichkeiten, die getestet werden konnten, und Chancen für zuvor Unvorstellbares – sei es für technischen Fortschritt oder für inhumane medizinische Praktiken. Binnen weniger Jahre legten Ingenieure Pläne für eine Breitspur-Eisenbahn vor, auf der deutsche Touristen in „fahrenden Hotels“ zur Krim transportiert werden sollten – Geld spielte keine Rolle<sup>14</sup>. Ärzte durften zur Verbesserung des Zustands der „Volksgemeinschaft“ an Menschen, nicht nur an Tieren experimentieren. Und jede Menge deutscher Planer konnte von einem russischen Imperium in Osteuropa träumen und dabei ihren Dominanzfantasien von einer „Großdeutschen Volksgemeinschaft“ freien Lauf lassen<sup>15</sup>. Das Konzept der „Volksgemeinschaft“ taugt durchaus dazu, die schwer greifbare und schwer messbare, aber dennoch reale psychologische Mobilisierungskraft zu erfassen, die dem Nationalsozialismus seine außerordentliche Dynamik gab.

Die größte Verbreitung hat die dritte Variante des Konzepts der „Volksgemeinschaft“ gefunden: Ihr Kern ist rassistische Inklusion und Exklusion. Zwar hat schon in Weimar – als Antwort auf die politische Zerrissenheit der jungen Demokratie – jede politische Partei, ausgenommen die Kommunisten, die solidarische Einheit der „Volksgemeinschaft“ beschworen. Der extreme Rekurs auf rassistische und biologische Merkmale zur Bestimmung von Zugehörigkeit und Ausschluss blieb aber eine Spezialität der Nationalsozialisten. Dass Juden selbstverständlich nicht zur „Volksgemeinschaft“ gehören konnten, stand ja bereits im Programm der NSDAP von 1920. Nach der Machtergreifung wuchs die Liste derjenigen, die als „Gemeinschaftsfremde“ nicht zur „Volksgemeinschaft“ zählten; deren Grenze war also per definitionem genau dort markiert, wo die Zone der Ausgeschlossenen

<sup>14</sup> Vgl. Anton Joachimsthaler, Die Breitspurbahn. Das Projekt zur Erschließung des groß-europäischen Raumes 1942–1945, München 1985.

<sup>15</sup> Vgl. z. B. Birthe Kundrus, Regime der Differenz. Volkstumspolitische Inklusionen und Exklusionen im Warthegau und im Generalgouvernement 1933–1944, in: Bajohr/Wildt (Hrsg.), Volksgemeinschaft, S. 105–123.

begann. Richtet man den Fokus auf Exklusion und Inklusion, wird auf vielfältige Weise deutlich, dass die Mehrheit der deutschen Bevölkerung die Verfolgung der Minoritäten hinnahm. In den frühen achtziger Jahren hat darauf schon Detlev Peukert hingewiesen<sup>16</sup>. Robert Gellately thematisierte wenig später die Bereitschaft vieler „Volksgenossen“, durch Denunziation bei der Verfolgung von Juden mitzuwirken<sup>17</sup>. Eric Johnson legte dann in einer überzeugenden Untersuchung dar, wie stark die Organe des Regimes bei der Terrorisierung der Juden auf lokaler Ebene unterstützt worden sind<sup>18</sup>. Jüngst hat Michael Wildt die schrecklichen Konsequenzen der vor Ort eskalierenden Grausamkeit gegen Juden aufgezeigt; sie waren der bürgerlichen Rechte beraubt, und jeder, der öffentlich Sympathie für sie bekundete, war „Freiwild“. Die Gewalttätigkeit kam aus der Mitte der Gesellschaft<sup>19</sup>, so Wildt.

Ebenso klar ist, dass auch viele gewöhnliche Deutsche von der Verfolgung der Juden materiell profitierten: Vorteile ergaben sich aus dem Boykott jüdischer Geschäfte, dann aus dem „Arisierungs“-Programm und dem Erwerb von Wohnungen oder Möbeln, die deportierten Juden gehört hatten. So wurden Bande der Komplizenschaft geschmiedet. Psychologisch entstand aus der meist mühelosen Diskriminierung von „Minderwertigen“ – nicht nur von Juden, sondern auch zum Beispiel von „Fremdarbeitern“ – ein Gefühl der Superiorität, der Zugehörigkeit zu einer auserwählten Nation, von der andere ausgeschlossen waren<sup>20</sup>. Die NS-Bewegung selbst – zu der ja, wenn alle Gliederungen mitgerechnet werden, viele Millionen gehörten – ist eine „Inklusionsmaschine“ in die „Volksgemeinschaft“ genannt worden<sup>21</sup>. Für Juden war das Gefühl, von einer ganzen Gemeinschaft ausgeschlossen und gewaltsam ausgestoßen zu sein, Teil des umfassenderen Vorgangs, der sie an den äußersten Rand der Gesellschaft verbannte, sie zu Parias machte<sup>22</sup>. Dies wiederum erleichterte im Gegenzug die Verfolgung durch die Mehrheit, da jene, die zur „Volksgemeinschaft“ zählten, die Geächteten und Ausgegrenzten leicht als Schädlinge betrachten, als „Volksfeinde“ entpersonalisieren und entmenschlichen konnten; vielfach sahen sie in der „Säuberung“ des „Volkskörpers“ von unreinen Elementen sogar eine Tugend. Verwendet man das Konzept der „Volksgemeinschaft“ auf diese Weise, so tut sich mithin eine wichtige

<sup>16</sup> Vgl. Detlev Peukert, *Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde. Anpassung, Ausmerze und Aufbegehren unter dem Nationalsozialismus*, Köln 1982.

<sup>17</sup> Vgl. Robert Gellately, *The Gestapo and German Society. Enforcing Racial Policy 1933–1945*, Oxford 1990.

<sup>18</sup> Vgl. Eric A. Johnson, *Nazi Terror. The Gestapo, Jews, and Ordinary Germans*, New York 1999.

<sup>19</sup> Vgl. Michael Wildt, *Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung. Gewalt gegen Juden in der deutschen Provinz 1919 bis 1939*, Hamburg 2007.

<sup>20</sup> Zur Popularität von Stigmatisierung und Ausschluss sozialer „Außensteiter“ vgl. Robert Gellately, *Social Outsiders and the Consolidation of Hitler's Dictatorship 1933–1939*, in: Neil Gregor (Hrsg.), *Nazism, War and Genocide*, Exeter 2005, S. 56–74.

<sup>21</sup> Vgl. Armin Nolzen, *Inklusion und Exklusion im „Dritten Reich“*. Das Beispiel der NSDAP, in: Bajohr/Wildt (Hrsg.), *Volksgemeinschaft*, S. 60–77, hier S. 62–67.

<sup>22</sup> Siehe Avraham Barkai, *The German Volksgemeinschaft from the Persecution of the Jews to the „Final Solution“*, in: Michael Burleigh (Hrsg.), *Confronting the Nazi Past. New Debates on Modern German History*, London 1996, S. 91 f.



moralische Dimension auf – man erkennt die Ausbreitung der Komplizenschaft bei den Verbrechen der Nationalsozialisten auf weite Teile der deutschen Bevölkerung.

In diesem dritten Sinne, als ein begriffliches Instrument zur Untersuchung der Stufen, auf denen gewöhnliche Deutsche zur Billigung und Unterstützung der eskalierenden und schließlich in den Vernichtungslagern endenden Judenverfolgung gelangten, dürfte das Konzept der „Volksgemeinschaft“ seinen besonderen Wert haben. Es besteht keine Notwendigkeit, zwischen einer von idealistischen Gefühlen bestimmten Zugehörigkeit zu einer „Volksgemeinschaft“, die Juden grundsätzlich ausschloss, und jener Art von Integration zu unterscheiden, die durch materielle Wohltaten auf Kosten der Juden (und im Kriege auf Kosten der ausgeplünderten Völker Europas) – praktisch durch Bestechung – entstand, und die Götz Aly herausgearbeitet hat<sup>23</sup>. Beides passt ohne weiteres zusammen. Michael Wildts Analyse des integrativen Effekts der „Selbstermächtigung“ zur Gewalt gegen Juden bei der Konsolidierung einer „Volksgemeinschaft“ reicht leider nur bis 1939<sup>24</sup>. Für die Zeit danach stellt sich die Frage: Hat das allgemeine Schweigen über den Massenmord an den Juden im Osten das Gefühl, eine „Volksgemeinschaft“ zu bilden, selbst eine negativ definierte, im Laufe des Krieges verstärkt und die nichtjüdische Bevölkerung zu Komplizen gemacht, weil sie, wenn auch nur fragmentierte Kenntnisse vom Judenmord hatte, was dann, wie Peter Fritzsche sagt, die Solidarität mit dem Regime festigte und „Durchhalten“ auch in den letzten Phasen des Krieges als notwendig erscheinen ließ? Oder war „Massenmord [...] ein Bruchpunkt im breiteren Konsens der ‚Volksgemeinschaft‘“, wie Frank Bajohr meint<sup>25</sup>? Angesichts des verfügbaren Beweismaterials ist die Frage wahrscheinlich nicht zu beantworten.

### Von begrenztem Wert?

Ob aber nun das Konzept von der „Volksgemeinschaft“ wirklich Potenzial hat, weiter entwickelt zu werden oder nicht, es wirft jedenfalls erhebliche Probleme auf. Eine große Schwierigkeit ist offenkundig: Wie verwandelt man eine Propagandaparole in ein Instrument der Analyse? Selbst Peter Fritzsche, der von dem Werkzeug häufig Gebrauch macht, räumt ein, dass das Konzept zwar nicht vernachlässigt werden dürfe, aber „in vieler Hinsicht dubios“ sei und nur der Annäherung dienen könne<sup>26</sup>. Wenn man das Konzept nicht auf die Realität des sozialen Wandels bezieht, sondern mit ihm die mobilisierende Verheißung einer besseren Zukunft erfassen will, wird die „Volksgemeinschaft“ zu einem Set subjektiver Emp-

<sup>23</sup> Vgl. Götz Aly, Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, Frankfurt a. M. 2005.

<sup>24</sup> Vgl. Wildt, Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung; siehe auch ders., Geschichte des Nationalsozialismus, Göttingen 2008, S. 113.

<sup>25</sup> Frank Bajohr, The „Folk Community“ and the Persecution of the Jews: German Society under National Socialist Dictatorship 1933–1945, in: Holocaust and Genocide Studies 20 (2006), S. 197.

<sup>26</sup> Peter Fritzsche, Germans into Nazis, Cambridge MA./London 1998, S. 227.

findungen. Die Frage ist dann, wie die Existenz solcher Emotionen nachzuweisen ist, wie man ihre Stärke messen kann und wie sie zu Schlüsselfaktoren der Motivierung geworden sind.

Das ist aber noch nicht alles. Das Konzept der „Volksgemeinschaft“ beruht auf der Annahme, dass das NS-Regime weithin Popularität genoss, eine „Zustimmungsdiktatur“ war<sup>27</sup>. Davon ausgehend ging Robert Gellately sogar soweit zu sagen, die Deutschen seien „bis zum bitteren Ende 1945“ hinter Hitler gestanden, der Konsens habe auch in der Breite bis zum Schluss gehalten<sup>28</sup>. Aber wie stellen wir in einer terroristischen Diktatur Konsens fest? Das ist ja in einer pluralistischen liberalen Demokratie schon schwer genug. Ist es sinnvoll, von Konsens zu reden, wenn alle, die mit dem Gang der Dinge nicht einverstanden sind, eingesperrt werden oder zum Schweigen gezwungen sind? Meinungsumfragen in offenen Gesellschaften zeigen fast immer, dass es neben Minderheiten, die jeweils fest zu „ihren“ Parteien stehen, große Teile der Bevölkerung gibt, die in ihren Meinungen fluktuieren und sich von Fall zu Fall entscheiden. Da Hitlers Regime, welche gewaltsamen Methoden es auch anwenden mochte, offenkundig nicht in der Lage war, tief eingewurzelte, in langen Dekaden pluralistischer Politik entstandene Mentalitäten einfach auszuradieren, dürfte sicher sein, dass hinter den Propagandabildern kollektiver Eintracht unterschiedliche Einstellungen zu verschiedenen Aspekten der NS-Herrschaft weiterlebten und nicht leicht unter Generalisierungen über eine geeinte „Volksgemeinschaft“ subsumiert werden können.

Gewiss ist nicht zu übersehen, dass wichtige Elemente nationalsozialistischer Politik weithin Zustimmung fanden; das gilt vor allem für die Tilgung des Versailler Vertrags in den dreißiger Jahren, als Hitler von einem „Triumph ohne Blutvergießen“ zum anderen schritt. Ebenso klar ist, dass es in großen Teilen der deutschen Bevölkerung, von der organisierten Linken abgesehen, Emotionen und Haltungen gab, die der Nationalsozialismus ausnutzen konnte: Ablehnung der Weimarer Demokratie, eingefleischter Hass gegen den Sozialismus, Sehnsucht nach Restaurierung des deutschen Großmacht-Status, Wiederherstellung der „Ordnung“ – mit welchen Mitteln auch immer – und die Bereitschaft, als Preis der wirtschaftlichen Erholung und der nationalen Revitalisierung die Diskriminierung und gewaltsame Ausschaltung vorgegeblicher innerer Feinde und ungeliebter Minoritäten zu akzeptieren. Dennoch bleibt das Problem, dass bei der Anwendung des „Volksgemeinschafts“-Konzepts kein Versuch gemacht wird, die Bereiche, in denen die Nationalsozialisten die augenfällige Zustimmung breiter Schichten gewinnen konnten, von jenen zu scheiden, in denen sie ebenso augenfällig große Schwierigkeiten hatten, weit verbreiteten Dissens zu überwinden. Die Konsequenz scheint mir ein oft inflationärer Gebrauch des Konzepts zu sein, seine generelle Anwendung zur Erklärung von Entwicklungen, die der Beweisfüh-

<sup>27</sup> Ein von Götz Aly, *Rasse und Klasse. Nachforschungen zum deutschen Wesen*, Frankfurt a. M. 2003, S. 246, verwendeter Begriff.

<sup>28</sup> Vgl. Robert Gellately, *Backing Hitler. Consent and Coercion in Nazi Germany*, Oxford 2001, S. 1 u. S. 3.

rung bedürfen und nicht der simplen Versicherung, wie wichtig die Volksgemeinschaft gewesen sei.

Selbst in den „guten Jahren“ nach 1933 sind zahlreiche Indikatoren für Risse im Konsens zu finden, Indikatoren, die zu leichthändigen Generalisierungen nicht recht passen. Nehmen wir ein Beispiel aus dem Berlin von 1936. Natürlich ist Berlin nicht ganz Deutschland, und Gestapo-Berichte über die „Volksstimmung“ sind nicht gerade Gallup-Umfragen. Aus den Meldungen der Organe des Regimes ergeben sich aber viele gleichartige Beobachtungen, die auch in den gut informierten und oft überraschend nuancierten Berichten, die Angehörige des illegalen sozialistischen Untergrunds aus Deutschland herausschmuggelten, ihre Bestätigung finden.

Als die Berliner Gestapo im Januar 1936 in allen Teilen der Stadt die Stimmung der Bevölkerung untersuchte, musste sie feststellen, dass in einem „erschreckend hohen Prozentsatz der Bevölkerung eine direkt negative Einstellung zu Staat und Bewegung“ vorherrsche. Der Grund lag darin, dass es im Laufe des Winters zu Nahrungsmittelknappheit und zu einem Anstieg der Lebenshaltungskosten gekommen war. Einige Wochen später konstatierte die Berliner Gestapo in „weiten Kreisen eine ausgesprochene Verbitterung“. Der Gruß „Heil Hitler“ sei praktisch verschwunden, wenn man von uniformierten Beamten und Besuchern vom Lande absehe. Es werde viel davon geredet, dass eine Militärdiktatur notwendig sei, um „den Aufbau einer von Grund auf neuen und sauberen Staatsführung und Staatsverwaltung unter maßgebendem Einfluss der Wehrmacht“ zu ermöglichen. Der Bericht interpretierte die Unzufriedenheit als Symptom eines tiefsitzenden Mangels an Vertrauen in die Staatsführung, der auch vor Hitler nicht Halt machte, und eines großen Zorns, der aus dem Gegensatz zwischen der Armut der Massen und dem offen zur Schau getragenen Wohlstand wie der dreisten Korruption der Parteibonzen resultiere<sup>29</sup>.

Das Berliner Beispiel klingt nicht nach einer geeinten „Volksgemeinschaft“ und einer „Zustimmungsdiktatur“. Aber: Um die gleiche Zeit, im März 1936, verzeichnete Hitler mit der Remilitarisierung des Rheinlands einen seiner größten außenpolitischen Triumphe. Das Plebiszit vom 29. März brachte das für eine Diktatur perfekte Ergebnis: 99 Prozent der Bevölkerung stimmten Hitlers Aktion zu (in Köln sogar 103 Prozent, da viele Stimmzettel an Vertraute doppelt ausgegeben worden waren<sup>30</sup>). Das Resultat war eine Absurdität. Gleichwohl ist kaum zu bezweifeln, dass die Wiederherstellung der vollen Souveränität über einen Teil Deutschlands tatsächlich massenhaft aufrichtigen Beifall gefunden hat. Auch die meisten Berliner, die ihre wirtschaftlichen Nöte in Zorn versetzten, werden Hitlers Coup wahrscheinlich enthusiastisch bejubelt haben. Hier konnte in der Tat der Eindruck einer geeinten „Volksgemeinschaft“ entstehen. Doch existierte sie eben nur in diesem einen – einigenden und nicht trennenden – Augenblick eines nationalen Triumphs. Dessen objektive Funktion bestand sicherlich darin,

<sup>29</sup> Bundesarchiv Berlin, R 58/567, Bl. 84f., Bericht der Stapo Berlin für Januar 1936, und ebenda, R 58/3044a, Bericht der Stapo Berlin, 6. 3. 1936.

<sup>30</sup> Vgl. Fritz Wiedemann, *Der Mann, der Feldherr werden wollte*, Velbert/Kettwig 1964, S. 74.

die Deutschen fester an Hitlers aggressive Außenpolitik zu binden. In anderer Hinsicht verdeckte er jedoch bloß die Unzufriedenheit einer gespaltenen Gesellschaft. Wäre es deshalb, statt zu einer nationalsozialistischen Propaganda-Formel als Forschungskonzept Zuflucht zu nehmen und über Konsens zu generalisieren, nicht besser, sich um ein ausgewogenes Urteil darüber zu bemühen, wann und wo das Regime die Unterstützung einer Mehrheit der Bevölkerung hatte, wann und wo es hingegen an Unterstützung gefehlt hat?

Mitte der dreißiger Jahre, also in der Zeit, in der die „Volksgemeinschaft“ am besten funktioniert haben soll, herrschte auf einem anderen wichtigen Felde ebenfalls eher Streit als Konsens, nämlich auf dem Felde des „Kirchenkampfs“. Namentlich in den katholischen Teilen des Landes gab es einen akuten Konflikt zwischen der Akzeptierung Hitlers und vieler seiner Ziele und der Ablehnung des nationalsozialistischen Feldzugs gegen die Gebräuche, Traditionen und Institutionen der Kirche. Natürlich hat das Katholiken nicht davon abgehalten, außenpolitische Erfolge – im Kriege dann militärische Siege – zu bejubeln oder die antibolschewistische Grundhaltung des Regimes und den Ausschluss der Juden aus Wirtschaft und Gesellschaft zu billigen. Doch ist keineswegs deutlich, dass im täglichen Leben katholischer (und ebenso protestantischer) Kirchgänger das Gefühl, einer nationalen „Volksgemeinschaft“ anzugehören, größere Bedeutung besaß als die Bindung an eine engere – und gleichfalls inklusive – Glaubensgemeinschaft. Wir haben alle mehrere Identitäten. Das „Volksgemeinschafts“-Konzept unterstellt die vollständige Vorherrschaft einer einzigen Identität. Ob diese Annahme richtig ist, darf zumindest bezweifelt werden.

Allerdings: Welche Konflikte im Dritten Reich auch existierten, ob in sozialpolitischen Fragen oder im „Kirchenkampf“, sie stellten kein Hindernis auf dem Weg des Regimes zu Weltkrieg und Genozid dar. Aber Willfährigkeit ist nicht Konsens, und Anpassung bedeutet nicht notwendigerweise Zustimmung. Eine Vielzahl von Kräften kann passive Akzeptanz erzwingen. Das „Volksgemeinschafts“-Konzept meint jedoch nicht Anpassung, sondern freiwillige Bindung. Wie weit diese von passiver Akzeptanz zu unterscheidende aktive Verpflichtung ging und ob sie für den Schritt des Regimes zum Völkermord überhaupt notwendig war, ist nicht leicht zu entscheiden. Selbst wenn das Konzept der „Volksgemeinschaft“ paradigmatisch verwendet wird, um die Exklusion von Juden zu erhellen, ist nicht klar zu sehen, ob es bei der Erklärung der „kumulativen Radikalisierung“ anti-jüdischer Politik (Hans Mommsen) sehr hilfreich ist oder viel zum Verständnis der komplexen Frage beiträgt, inwieweit „the twisted road to Auschwitz“ (Karl Schleunes) die Unterstützung der Bevölkerung gefunden hat.

Die internen Berichte über die Einstellung der Bevölkerung zu den Juden – fraglos eine mit großer Vorsicht zu interpretierende Quelle – sind von Dov Kulka und Eberhard Jäckel gesammelt und in einem monumentalen Werk ediert worden<sup>31</sup>. Dieses und anderes verfügbare Material deutet darauf hin, dass es zwischen 1933 und der Mitte des Krieges zu einer Intensivierung anti-jüdischer Emotionen

<sup>31</sup> Vgl. Otto Dov Kulka/Eberhard Jäckel (Hrsg.), Die Juden in den geheimen NS-Stimmungsberichten 1933–1945, Düsseldorf 2004.

gekommen ist – was kaum überraschen kann, wenn man das pausenlose Bombardement der Bevölkerung mit einer Juden und Judentum dämonisierenden Propaganda bedenkt. Anscheinend gab es generelle – und wahrscheinlich zunehmende – Akzeptierung des Ziels, die Juden aus Deutschland zu „entfernen“. Aber die Boykott-Bewegung der frühen Jahre des Regimes wurde nicht allgemein gutgeheißen, vor allem dort nicht, wo sie den materiellen Interessen der Bevölkerung zuwiderlief. Und bei dem schrecklichen Pogrom vom November 1938, der sogenannten „Reichskristallnacht“, erregten die von der Partei und ihren Gliederungen organisierten Gewaltakte erkennbaren Zorn, der freilich anscheinend vornehmlich der Zerstörung von Eigentum galt und weniger von menschlichem Mitgefühl verursacht war. Kritik an den Methoden schloss die Bejahung des Ziels nationalsozialistischer Politik: eine Gesellschaft frei von Juden<sup>32</sup>, offenkundig mitnichten aus.

Während des Krieges, also in einem Konflikt, den die Propaganda den Juden anlastete, nahm die Feindseligkeit höchstwahrscheinlich noch zu. Berichte aus den Jahren 1941/42, als der Gelbe Stern eingeführt wurde und die Deportationen begannen, belegen, dass nun „eine radikale Lösung des Judenproblems“ befürwortet wurde<sup>33</sup>. Unstrittig ist aber auch, dass diejenigen, die solche Meinungen laut äußerten, zu den nazifizierten Sektionen der Bevölkerung gehörten, und dass es auch andere Stimmen gab. Sogar NS-Organen mussten negative Kommentare zu den Deportationen melden, die, wie es hieß, „aus konfessionellen Kreisen“ kamen<sup>34</sup>. Die meisten jedoch, die das Vorgehen des Regimes ablehnten – fraglos eine Minderheit –, behielten ihre Kritik verständlicherweise für sich. Wir können, das liegt in der Natur der Sache, nicht wissen, wie viele Menschen zustimmten – vor allem als verstörende Gerüchte über Massenmorde im Osten zu kursieren begannen –, wie viele dagegen waren, aber sich still verhielten, was die Leute wirklich dachten, ob es Konsens gab und ob er, wenn es ihn gab, viele verband, und bis zu welchem Grade sich alles zu einer geschlossen hinter ihrer Führung stehenden Bevölkerung summieren lässt, zu einer geeinten „Volksgemeinschaft“.

Offen muss auch die Frage bleiben, ob die simple Trennung zwischen Inklusion und Exklusion tatsächlich hilfreich ist, wenn wir die Komplexität der deutschen Einstellungen zum Krieg verstehen wollen. Ein Gefühl nationaler Solidarität, zu dem die Exklusion und das negative Bild von „Außenseitern“ gehörte, war während des Zweiten Weltkriegs vermutlich in allen kriegführenden Ländern zu beobachten. In welchem Maße sich die deutschen Solidargefühle von denen unterschieden, die in anderen Ländern anzutreffen waren, und ob der diffuse Begriff „Volksgemeinschaft“ zur Erfassung des Unterschieds taugt, ist nicht ganz klar, auch wenn Dietmar Süß einige interessante Hinweise lieferte, als er über die Verschiedenheit der Mentalitäten jener reflektierte, die in Deutschland und Großbritannien gezwungen waren, lange Stunden in Luftschutzkellern zu verbringen<sup>35</sup>.

<sup>32</sup> Vgl. Bajohr, „Folk Community“, S. 197.

<sup>33</sup> Kulka/Jäckel (Hrsg.), Die Juden in den geheimen NS-Stimmungsberichten, S. 486.

<sup>34</sup> Ebenda, S. 478.

<sup>35</sup> Vgl. Dietmar Süß, Der Kampf um die „Moral“ im Bunker. Deutschland, Großbritannien und der Luftkrieg, in: Bajohr/Wildt (Hrsg.), Volksgemeinschaft, S. 124–143.

Der Mangel an Enthusiasmus für den Krieg, den die deutsche Bevölkerung 1938 während der Sudetenkrise und im folgenden Jahr beim Angriff auf Polen an den Tag gelegt hatte, wurde von echter Kriegs-Euphorie in der Tat erst nach dem Sieg in Frankreich 1940 abgelöst, und dann nur für kurze Zeit. Schon im Winter 1941/42, als die Verluste an der Ostfront ständig stiegen und Deutschland sich in einen Weltkrieg ohne erkennbaren Ausweg verwickelt hatte, deuteten alle Anzeichen darauf hin, dass die Popularität des Regimes – auch Hitlers persönliche Popularität – abzunehmen begann; nach der Katastrophe von Stalingrad im folgenden Winter schwand sie vollends dahin. Diese Trends und die Umschwünge der Stimmung an der „Heimatfront“ können sehr gut erklärt werden – und sind auch erklärt worden –, ohne dass wir ein so breites Konzept wie das der „Volksgemeinschaft“ bemühen müssen.

Internen Berichten zufolge war oft nur wenig von der vielfach beschworenen „Volksgemeinschaft“ zu erkennen. Im Januar 1941 wurde in einem freimütigen Bericht aus Oberfranken voll Verdruss konstatiert: „Von einer Volksgemeinschaft kann keine Rede sein. Jeder denkt nur an seinen eigenen Vorteil.“<sup>36</sup> Als dann britische und amerikanische Bomben die deutschen Städte in Trümmerfelder verwandelten, fiel die Popularität des Regimes rapide ab. Hitler-Bilder sah man in den Wohnblocks, die inmitten der Ruinen noch standen, kaum mehr. Der Gruß „Heil Hitler“ war weniger und weniger zu hören. In den Großstädten saßen viele Leute immer länger in den Luftschutzkellern. Aber die „Bunkergemeinschaft“ war kaum homogener als die „Volksgemeinschaft“. Juden blieben selbstverständlich ausgeschlossen. Doch ging es nicht einfach um Deutsche contra Juden – „uns“ und „sie“. Arbeitende Menschen – auch das kam vor – erhoben scharfen Einspruch dagegen, dass Frauen, Kinder und ältere, gebrechliche Personen kostbaren Platz in den Bunkern belegten. Wir haben es hier gewiss mit einer Brutalisierung der Gesellschaft in extremen Kriegsverhältnissen zu tun. Aber lief dies, wie gesagt worden ist, auf eine spezifische Form der „Volksgemeinschaft“ hinaus?<sup>37</sup> Zugleich fanden diejenigen, die aus den ausgebombten Städten evakuiert werden mussten, nur wenig Gemeingeist in den ländlichen Regionen, deren Bewohner gezwungen waren, die ungebetenen Gäste aufzunehmen. Wie Jill Stephenson's Untersuchung Württembergs eindrucksvoll zeigt, hielten die Gastgeber die Neuankömmlinge oft für faul und gierig, während die Evakuierten die ländliche Bevölkerung als „dumm und dickfellig“ betrachteten. Viele riskierten lieber den Tod bei einem Bombenangriff, als auf dem Land vor Langeweile einzugehen.<sup>38</sup>

In den letzten Monaten des Krieges war viel von einer „Schicksalsgemeinschaft“ die Rede. Zweifellos war die deutsche Bevölkerung nun durch das gemeinsame Schicksal im Leid verbunden, das die Eroberungssucht und die Inhumani-

<sup>36</sup> Bayern in der NS-Zeit. Soziale Lage und politisches Verhalten der Bevölkerung im Spiegel vertraulicher Berichte, hrsg. von Martin Broszat, Elke Fröhlich und Falk Wiesemann, München/Wien 1977, S. 145.

<sup>37</sup> Vgl. Süß, Der Kampf um die „Moral“ im Bunker, in: Bajohr/Wildt (Hrsg.), Volksgemeinschaft, S. 134 f.

<sup>38</sup> Vgl. Jill Stephenson, Hitler's Home Front. Württemberg under the Nazis, London 2006, S. 306 f.

tät ihrer Führer dem Land beschert hatten. Ansonsten aber war der Begriff eine Leerformel. Dass Deutschland bis zum Ende durchhielt, hatte wenig mit dem Gefühl der Zugehörigkeit zu einer „Volksgemeinschaft“ zu tun. Da und dort gab es tatsächlich Anzeichen einer schamvollen Erkenntnis der Schandtaten, die Deutsche im Osten verübt hatten. Parteifunktionäre, namentlich solche in hohen Positionen, trieb das Bewusstsein, dass sie die „Brücken hinter sich abgebrochen“ hatten, in der Endphase der NS-Herrschaft zu immer wilderen Gewaltakten. Das Gros der Bevölkerung aber hatte gar keine andere Möglichkeit, als einfach weiterzumachen. In der Wehrmacht wie auch anderswo hielten sich zweifellos noch Reste von Idealismus. Aber das Gefühl, die Heimat, die Familie und den Besitz gegen die befürchteten Verheerungen der bolschewistischen Besetzung verteidigen zu müssen, war weit wichtiger als das Bewusstsein, Teil einer „Volksgemeinschaft“ zu sein. Eine noch größere Rolle spielte bei Frontsoldaten die Verbundenheit mit den nächsten Kameraden und schließlich auch die Selbsterhaltung – rette sich, wer kann. Schließlich kamen in den Schlussmonaten des Krieges Terror und Repression wie ein Bumerang auf die Mehrheit der deutschen Bevölkerung zurück. Was zuvor sozusagen exportiert worden war, kehrte nun vielfach verstärkt heim. Angst war es, viel mehr als ein solidaristisches Gefühl der „Volksgemeinschaft“, die eine Wiederholung von 1918 verhinderte.

Wie also sollen wir, wenn wir das Konzept der „Volksgemeinschaft“ betrachten, das Verhältnis von Potenzial und Grenzen bestimmen? Der Begriff war ein Konstrukt der NS-Propaganda. Dennoch kann er für historische Analysen von Nutzen sein, vor allem bei der Untersuchung der Frage, wie vor und nach 1933 eine tief verwurzelte Sehnsucht nach nationaler Einheit ausgenutzt wurde, um den Griff, in dem das Regime die Gesellschaft hielt, zu festigen – organisatorisch wie psychologisch. Wenn wir den Begriff als Symbol oder Metapher gebrauchen, um klarzumachen, wie das Regime die enormen Energien, die „soziale Motivation“ und den Idealismus vieler Deutscher mit der Beschwörung einer utopischen „Leistungsgesellschaft“ zu mobilisieren suchte, sehen wir, dass die Idee der „Volksgemeinschaft“ – ausgerichtet auf den „charismatischen“ Führer Adolf Hitler – bei der affektiven Integration breiter Schichten der deutschen Gesellschaft eine wichtige Rolle gespielt hat, besonders bis 1940/41<sup>39</sup>. Die Erkenntnis, dass das Ideal der „Volksgemeinschaft“ in ganz unterschiedlichen Bereichen als eine Art Zielprojektion diente<sup>40</sup>, an der sich die Aktionen des Regimes ausrichten ließen, hat bereits nützliche Neueinschätzungen der deutschen Gesellschaft im Dritten Reich hervorgebracht und bietet vielleicht das größte Potenzial des Konzepts der „Volksgemeinschaft“<sup>41</sup>. Von nicht geringer Bedeutung war das Ideal auch bei der sozialen Legitimierung der sich ständig radikalisierenden Judenverfolgung und beim Kurs in den Krieg. Will man die Exklusion geächteter sozialer Gruppen –

<sup>39</sup> Siehe die noch immer starke Argumentation in diesem Sinne bei Martin Broszat, Soziale Motivation und Führer-Bindung des Nationalsozialismus, in: VfZ 18 (1970), S. 392–409.

<sup>40</sup> Vgl. ebenda, S. 403.

<sup>41</sup> Siehe die Beiträge in: Bajohr/Wildt (Hrsg.), Volksgemeinschaft, bzw. Jane Caplan (Hrsg.), Nazi Germany, Oxford 2008.

vor allem von Juden – aufzeigen, hat das Konzept ebenfalls einen gewissen Wert; es öffnet den Blick für wichtige Aspekte des Alltagslebens im Dritten Reich und lässt offen zutage treten, dass die bereitwillige Beteiligung an Isolierung und Diskriminierung derjenigen, die nicht dazu gehörten, die Spirale der Verfolgung weiter drehte.

Andererseits muss jedoch eingeräumt werden, dass das „Volksgemeinschafts“-Konzept nicht gerade präzise ist. Was es auf der sozialen Ebene zu erklären sucht, kann zumeist auch ohne es erklärt werden, vermutlich subtiler und differenzierter. Wenn man den Fokus auf das richtet, was als „Selbstermächtigung“ bezeichnet wird – ebenfalls ein nicht gerade klarer Terminus, der aber Mobilisierung von unten meint, statt Leitung von oben –, so besteht die Gefahr, dass dem politischen Entscheidungsfindungsprozess in der Führung des Regimes, der hauptsächlich Treibkraft hinter der Radikalisierung, seine Bedeutung genommen wird. Am Ende können die entscheidenden Schritte zu Krieg und Genozid nicht mit Hilfe des „Volksgemeinschafts“-Konzepts verstanden werden. Die moralischen Fragen, die mit dem Ausmaß von Komplizenschaft beim Genozid zusammenhängen, haben selbstverständlich ihr Gewicht. Wird diese Komplizenschaft aber durch die Zugehörigkeit zur „Volksgemeinschaft“ begründet, so kommt man einer Verfehlung von Wesen und Charakter des Regimes gefährlich nahe – eines Regimes, das zu dieser Komplizenschaft verlockte und sie ausnützte. Die Handlanger des Regimes, das über Europa Tod und Vernichtung ohne Beispiel gebracht hat, waren überwiegend Deutsche. Aber nicht alle Deutsche waren Handlanger, und nicht alle Täter des Holocaust waren Angehörige der „Volksgemeinschaft“. Hinzu kommt, dass die mangelnde Differenziertheit des „Volksgemeinschafts“-Konzepts auch den Gegnern des Regimes keine Gerechtigkeit widerfahren lässt, auch jenen nicht, die unterdrückt waren und eingeschüchtert schwiegen. Als das Regime in den letzten Kriegsjahren seine sich ständig verschärfende Krise erlebte, da sah es das, was an „Volksgemeinschaft“ tatsächlich existiert hatte, immer schneller dahinschmelzen; es blieb nur ein Rest von Fanatikern, die gegen alle, welche auszuscheren wagten, mit brutalem Terror vorgingen. Dass das NS-Regime beim Aufbau einer soliden „Volksgemeinschaft“ wenig erfolgreich war, ist auch den Worten eines nationalsozialistischen Spitzenfunktionärs zu entnehmen. Kein Geringerer als Reichspropagandaminister Joseph Goebbels hat im September 1942, also noch vor der Wende von Stalingrad, gemeint: „Der englische Grundsatz ‚Recht oder Unrecht – mein Vaterland‘ ist für Deutschland nicht durchführbar“, und er fügte hinzu: „Die Haut des deutschen Volkes ist neun Jahre nach der nationalsozialistischen Revolution hauchdünn, sie braucht nur geritzt zu werden, dann brechen alte Wunden auf.“<sup>42</sup>

Alle Konzepte, die bei historischen Erklärungen verwendet werden, sind problematisch, erlauben mehr als nur eine Interpretation und provozieren oft Debatten, die eher hitzig als erleuchtend sind. „Totalitarismus“ ist z. B. ein solches politisch aufgeladenes Konzept, das mehr verdunkelt als analytisch erhellt.

<sup>42</sup> Fritz Nadler, *Eine Stadt im Schatten Streichers*, Nürnberg 1969, dort (S. 48f.) die Zitate aus der Goebbels-Rede vom 23. 9. 1942.



Damit ist nicht gesagt, dass es ohne Wert sei. Aber sein Wert ist beschränkt. Das dürfte auch für „Volksgemeinschaft“ gelten. Dieses Konzept, das bei jüngsten Forschungen zur Gesellschaft des Dritten Reiches eine zentrale Rolle spielte, hat fraglos zu einigen interessanten und wichtigen Einsichten geführt, die allerdings nicht den Kern des Regimes treffen. Jedoch ist darauf zu achten, dass der Begriff nicht einfach unkritisch akzeptiert und damit selbst zu einer Erklärung wird. Die Schranken bei seinem Gebrauch sind real und hoch. Alles in allem scheint er mir ein Konzept von begrenztem Wert zu benennen, nützlich, doch als Analyseinstrument mit signifikanten Mängeln behaftet.

Übersetzung Hermann Graml



Oldenbourg  
Verlag

Ein Wissenschaftsverlag der  
Oldenbourg Gruppe

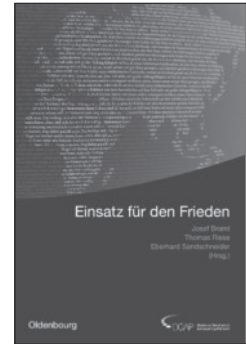
Josef Braml, Thomas Risse,  
Eberhard Sandschneider (Hrsg.)

## Einsatz für den Frieden

*Sicherheit und Entwicklung in Räumen  
begrenzter Staatlichkeit*

2010 | VIII, 488 Seiten | Gb. | € 49,80  
ISBN 978-3-486-59785-1

**Jahrbücher des Forschungsinstituts der  
Deutschen Gesellschaft für Auswärtige  
Politik, Bd. 28**



Warum sind deutsche Soldaten am Hindukusch?

Was gehen uns prekäre Staaten wie Afghanistan und Pakistan an?

Wie sieht die Lage vor Ort aus und wie versuchen führende  
Industrienationen und supranationale Organisationen stabilisierend  
einzuwirken?

Mit diesen Fragen setzt sich das aktuelle Jahrbuch der Deutschen  
Gesellschaft für Auswärtige Politik auseinander. Das Standardwerk  
der internationalen Politik mit über 50 Einzelbeiträgen bietet  
systematisch-vergleichende Analysen mit konkreten Handlungs-  
empfehlungen.

### »» *Frieden schaffen mit aller Gewalt?*

Zu den Autorinnen und Autoren gehören renommierte deutsche  
Experten sowie Vertreter der operativen Politik in federführenden  
Bundesministerien und im Bundestag.

Bestellen Sie in Ihrer Fachbuchhandlung oder direkt bei uns:  
Tel: 089/45051-248 | Fax: 089/45051-333 | [verkauf@oldenbourg.de](mailto:verkauf@oldenbourg.de)